

Rügen muss lebenswert bleiben

Seit fünf Jahren kämpfen die Mitstreiter einer im Frühsommer 2021 auf dem LebensGut Frankenthal bei Samtens gegründeten Bürgerinitiative für ein lebenswerteres Rügen. Ihre Bereitschaft, sich für den Schutz der einzigartigen Landschaften und Orte, für einen nachhaltigen Tourismus und für eine stärkere Bürgerbeteiligung einzusetzen, eint sie. Trotz Altersunterschiede und unterschiedlicher sozialer, beruflicher und politischer Erfahrungen, bringen sie sich mit ihren individuellen Kompetenzen ein, schöpfen aus der Gemeinsamkeit die notwendige Kraft und Zuversicht für ihre Anliegen und lassen sich nicht durch Ignoranz und ständig neue Hiobsbotschaften entmutigen.

Nachhaltiger Tourismus, Naturschutz und Bürgerbeteiligung, so lässt sich schlagwortartig die Themenpalette der Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen umreißen.

Ein Blick zurück

Nicht erst 2021 war es offensichtlich: Eine weitere sprunghafte Zunahme von Übernachtungen und ein stetig anwachsender Individualverkehr wird die damals bereits angespannte Situation weiter verschärfen. Massentourismus oder Qualitätstourismus? Bettenburgen auf der grünen Wiese oder sanfter Tourismus ohne die natürlichen Gegebenheiten der Urlaubsorte zu verändern? Gegensätzlicher geht es kaum.

Das anfängliche Wirken der Bürgerinitiative war mit zwei donnernden „Paukenschlägen“ verbunden: Als Mitte 2021 durchsickerte, dass sich eine Investorengruppe für das geplante Vorhaben auf dem Bug bei Dranske zu interessieren schien, löste es einen Sturm der Empörung aus. Auf der westlichsten Landzunge der Halbinsel Wittow sollte eines der größten Projekte dieser Art in ganz Europa umgesetzt werden! Vereine und die Bürgerinitiative machten öffentlich dagegen Druck - auf Politik und Projektplaner. Der Verein INSULA RUGIA e.V. startete im September 2021 die Petition „Stoppt Größenwahn des Mega-Projekts Baltic Island Eco Resort auf Rügen“. 17.000 Unterzeichner forderten das Aus für das Vorhaben.¹

In der im August veröffentlichten Dokumentation von Christoph Eder „Wem gehört mein Dorf?“ wird exemplarisch am Beispiel des Ostseebades Göhren dieser Frage des Filmtitels nachgegangen. Akteure der Bürgerinitiative organisierten im August und September in mehreren Orten der Insel Filmaufführungen. Die sich oft anschließenden Diskussionsrunden belegten: Bürgerinteressen müssen eingefordert und deren Umsetzung erkämpft werden! Göhren und die lokale Bürgerinitiative um Nadine Förster^{2 3} war - und ist noch immer - ein mutmachendes Beispiel, nicht nur für Kommunen auf Rügen.

Mitgenommen werden - Mitreden – Mitentscheiden

Vom Gemeinderat beschlossene Bebauungspläne - wie in Dranske aus dem Jahr 2004 - und andere Investorenpläne sollen unumstößlich hingenommen und Rügens Bürger dem hilflos ausgeliefert sein?

¹ Die Gemeinde Dranske hat später von sich aus ihren Beschluss zum Bebauungsplan zurückgenommen und favorisiert nun andere Vorhaben in der Gemeinde.

² Siehe auch: Nadine Förster, Stefanie Dobelstein, Elke Neugebauer, Birgit Entner und Catrione Garrett: Für ein lebenswertes Rügen, Rügen-Jahrbuch 2024, Seite 42 ff.

³ Nadine Förster ist 2022 für ihren langjährigen, unermüdlichen kommunalpolitischen Einsatz als *Frau des Jahres in MV* von der Landesregierung ausgezeichnet worden.

Allein aus dem Interesse, die einzigartigen Landschaften und Orte zu erhalten und zu schützen, sahen sich die Mitstreiter der Bürgerinitiative veranlasst, Groß-Bauvorhaben kritisch unter die Lupe zu nehmen. Das belebte die Diskussionen: Wie soll eine Verständigung über die weitere Entwicklung Rügens erfolgen? Wer soll und muss an der Diskussion beteiligt werden?

Deshalb griff die Bürgerinitiative die schon länger im Raum stehende Forderung nach einem Inselrat wieder auf. Der sollte nach dem Modell des Zukunftsrates MV repräsentativ besetzt werden: Bürger, Gemeinde- und Stadtvertreter, Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen, Experten aus Behörden und der Wissenschaft. So hätten Situationsbeschreibungen, Forderungen und Empfehlungen sowie eine Zukunftsvision für Rügen erarbeitet werden können.

Dieser Diskurs wurde ebenso in die parlamentarischen Gremien hineingetragen. Doch trotz der Unterstützung seitens der Landesregierung und des engen Austausches der Bürgerinitiative mit dem Bundesverein „Mehr Demokratie“ konnte ein Inselrat (bisher) nicht eingerichtet werden. Die Idee stieß nach wie vor bei einigen - anders war es wohl nicht zu erwarten - auf Gegenwehr. War das Beharrungsvermögen so groß, weil weder freimütig über Probleme diskutiert noch Kritik geübt werden sollte? Weil das an einem System aus Macht und Selbstermächtigung gerührt hätte? Dabei zeigen zahlreiche Praxisbeispiele, welche Potentiale seitens zivilgesellschaftlicher Gruppen bestehen, wenn sie in parlamentarische Entscheidungsprozesse einbezogen wurden.⁴

Auf Rügen gab es weitere „Baustellen“. Auch hierbei galt es, Auswirkungen genau unter die Lupe zu nehmen. Gemeinsam mit Bürgern, Abgeordneten und Behördenvertretern wurde der Dialog vor Ort gesucht. Von den vielen Beispielen sollen nur einige in Erinnerung gerufen werden: Gustow - Umnutzung des Naturbadestrandes, Glowe - zusätzliche Erweiterung einer Hotelanlage in Spyker, Promoisel - Ferienunterkünfte am Rande des Nationalparks, Mönchgut - Bau eines neuen Gemeindezentrums. In allen Fällen ging es immer um sensible Naturbereiche, die durch diese Vorhaben stark beeinträchtigt worden wären. Es ging immer um Mitreden und Mitentscheiden der Bürger.

Energiepolitik vs. Rügen

Dass ihre Forderungen nach einer der Insel gerechten, klimaverträglichen und verbraucherfreundlichen Energiepolitik die Bürgerinitiative so intensiv beschäftigen würde, war keineswegs absehbar. Die Entscheidungen der Gaslobby und der damaligen Ampelregierung, eine Renaissance fossiler Energieträger brachial über die Köpfe der Menschen hinweg durchzupeitschen, trafen ins Mark. Die Geschehnisse um den Bau eines schwimmenden LNG-Terminals an Rügens Küste hätten eine gut gewählte Fiktion für einen Politthriller sein können. Doch es ist noch immer Realpolitik. Unfassbar und völlig inakzeptabel.⁵

Seitdem strömt klimaschädliches US-Fracking-Gas - auf Tankern von Texas bis zum Fährhafen Mukran über viele Wochen und Meere transportiert - durch 50 Kilometer lange Rohrleitungen von Mukran bis nach Lubmin. Durch Nord-Stream-Rohre, die in ökologisch sensible Gebiete der Ostsee und des Greifswalder Bodden verlegt wurden.

⁴ Beispiele: In Göhren ist ein Jugendbeirat gegründet und mit Bürgern ein „Lebensraumkonzept“ für die weitere Ortsentwicklung erarbeitet worden. In Sassnitz sorgt ein ehrenamtlicher Fahrradbeauftragter für sichere Fahrradwege und fordert sie wie für den Ortsteil Mukran ein. Bürgerinitiativen, Vereine, Touristiker und Kommunalpolitiker der Insel stehen in einer Allianz gegen das LNG-Terminal und gegen gigantische Windkraftanlagen Seite an Seite.

⁵ Vgl. Thomas Kunstmann: Rügen wehrt sich. Die LNG-Proteste der Bürgerinitiativen im Spiegel der Medien, Dokumentation 2024 und Thomas Kunstmann: Mehr als Parolen und Kundgebungen – Rückblick auf den LNG-Protest 2023 auf Rügen, Rügen-Jahrbuch 2025, Seite 51 ff.

Trotz massiven Widerstands und deutschlandweiter Proteste - Kundgebungen, Petitionen und Klagen sowie den wissenschaftlichen Belegen: Eine Gasmangellage gab es nicht.

Den Betrieb der LNG-Störfallanlage bekommen Anwohner im Umfeld vom Hafen immer wieder leidvoll zu spüren. Der tieffrequente Brummtön ist behördlich bestätigt, Daten für den Lärm am und über den Grenzwert sind gemessen und dokumentiert worden. Beseitigt wurde der unerträgliche Krach davon nicht. Die Bürgerinitiative solidarisiert sich mit den Betroffenen und unterstützt ihr Anliegen, sich gegen diese krankmachende Beeinträchtigung zu wehren.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), Verbände wie der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die Ostseegemeinde Binz⁶ u.a. nutzen juristische Möglichkeiten. Die Bürgerinitiative nutzt die ihr möglichen Protestformen. Dazu zählen Demonstrationen, Mahnwachen in Mukran, Kundgebungen mit Menschenketten, Öffentlichkeitsarbeit (Pressemitteilungen, soziale Medien), Unterstützung von Klima-Camps und Veranstaltungen auf Rügen, Buchlesungen⁷, Dokumentationen zum Protest, Austausch mit betroffenen Anwohnern, Schreiben an und Gespräche mit Politikern aller Ebenen, Einbringen einer Bundestag-Petition gegen den Betrieb der LNG-Störfallanlage, Petition zur Erleichterung von Bürgerentscheiden, Stellungnahmen in Genehmigungsverfahren u.v.a.

Die Bürgerinitiative kritisiert öffentlich und scharf die Lärmbelästigungen, die Vertiefung des Hafenbeckens in Mukran, nachträglich erteilte Genehmigungen und das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. Sie forderte ein transparentes und bürgerfreundliches Genehmigungsverfahren. Auch die öffentliche Vorstellung des externen Notfallplans für die umstrittene LNG-Störfallanlage Mukran wurde von ihr „erkämpft“.⁸

Die anhaltende Lärmbelästigung sowie die Entscheidung des Betreibers auf die KWK-Anlage (Landstromanlage) zu verzichten, war mehrfach Gegenstand von Debatten u.a. im Kreistag Vorpommern-Rügen.

Rügen - Inbegriff für Protest?

Es ist immer wieder zu hören: Auf Rügen ist der LNG-Protest entschlossen, massiv und anhaltend wie an keinem anderen deutschen LNG-Standort. Deshalb verwundert es nicht, dass das mediale Interesse nicht abreißt. Journalisten verschiedenster Zeitungen und Radio- und Fernsehreporter berichten über Mukran und die Bürgerinitiative.⁹

Mitarbeiter von Universitäten führen Interviews und dokumentieren in ihren wissenschaftlichen Beiträgen den Protest vor Ort.¹⁰

⁶ Die Ostseegemeinde Binz mit (ihrem damaligen Bürgermeister) Karsten Schneider brachte sich von Anbeginn unermüdlich und im Interesse Gesamt-Rügens in den Protest ein: Mit Petitionen, Informations- und Protestaktionen sowie Klagen gegen den Bau und Betrieb des LNG-Terminals.

⁷ Die Journalistin und Autorin Kathrin Hartmann stellte im Juli 2024 in Lietzow ihr Buch „Öl ins Feuer. Wie eine verfehlte Klimapolitik die globale Krise vorantreibt“ im Beisein des texanischen Umweltaktivisten John Beard vor. Für Recherchen war sie in Texas und Louisiana sowie auf Rügen.

⁸ Dazu intervenierte die Bürgerinitiative zuvor beim Landesinnenminister. Der LNG-Betreiber Deutsche ReGas verweigerte der Genehmigungsbehörde STALU Vorpommern im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens (Ende 2025) entsprechende Unterlagen zum Brand- und Katastrophenschutz öffentlich auszulegen. Eine Online-Fassung ihres Gesamtantrages wurde ebenso verwehrt, sodass die zwei Ordner mit ca. 2000 Seiten für Bürger nur in Sassnitz und Stralsund zur Einsichtnahme im Auslegungszeitraum bereitlagen.

⁹ Seit 2023 gaben Mitstreiter zahlreiche Interviews für das Schweizer Fernsehen, den französischen Hörfunk, für überregionale Zeitungen, ARD, ZDF und NDR. Im Juni 2025 erschien mit dem Titel „LNG-Terminals: Nutzlos oder nötig für die Energiesicherheit?“ eine TV-Dokumentation aus der Reihe NDR Story. Zu Beginn und zum Abschluss der 45-minütigen Dokumentation wird explizit auf den Protest der Bürgerinitiative auf Rügen eingegangen.

¹⁰ Interviews wurden u.a. für wissenschaftliche Beiträge, Master- und Doktorarbeiten der Universitäten in Greifswald, Berlin oder Trier geführt. Darüber hinaus gab es Befragungen im Rahmen der Sozialforschung zum Beitrag von Bürgerinitiativen bei Großprojekten. Die

Die der Insel Rügen „verordnete“ Industrialisierung nimmt bizarre, dramatische Züge an. Die LNG-Störfallanlage in Mukran, die großflächigen Offshore-Windenergieanlagen vor Rügens Küste und die geplanten Windkraft-Giganten auf der Insel sind Industrieanlagen, die in vielfacher Hinsicht kritisch zu hinterfragen sind.

So erfolgte die Festlegung der Vorranggebiete für Windkraftanlagen ohne ein Gesamtkonzept der künftigen regionalen Energieversorgung, ohne Einbeziehung der Gemeinden, ohne Berücksichtigung anderer regenerativer Energiequellen in der Region. Die hier erzeugte Energie wird wieder nicht der Region zugutekommen und finanzielle Erträge fließen ab. Deshalb wird gefordert, dass die Windenergieplanung auf Rügen rechtlich neu zu bewerten ist. Schutz- und Abwägungspflichten sind dabei konsequent zu beachten, denn: Rügen ist in besonderem Maße vom Natur- und Landschaftstourismus abhängig und massive Eingriffe in das Landschaftsbild verursachen nachhaltige wirtschaftliche Schäden.¹¹

Wieder scheint es, als ob ein Dialog ins Leere laufen soll. Und wieder sind es u.a. mahnende Stimmen aus den Reihen der Bürgerinitiative, die nicht verstummen: Bei Informationsveranstaltungen und Kundgebungen, mit Banneraktionen und Offenen Briefen, in Gemeinderatssitzungen sowie in Gesprächen mit den Menschen vor Ort weisen sie auf das Dilemma hin. Zeit aufreibend, kräftezehrend. Unbeirrt.

Blick nach vorn

Zahlreiche Mitstreiter der Bürgerinitiative sind kommunalpolitisch stark eingebunden. Als Mitglieder der kommunalen Parlamente oder Sachkundige Bürger in den Orten bzw. im Kreistag sowie als ehrenamtlicher Bürgermeister. Da bleibt oftmals wenig Zeit, sich weiter mit Bundes- und Landesbehörden zu den diffusen Einträgen in den Bodden vom ehemaligen Teerhafen auf dem Bug zu verständigen. Oder beim Agrarausschuss des Landtags für ein Kahlschlagverbot in Rügens Wäldern einzutreten.

Seit ihrer Gründung vor fünf Jahren musste sich die Bürgerinitiative mehrfach neu aufstellen: Ständig neue Brennpunkte und Herausforderungen, oft wechselnde Mitstreiter aus beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder Gründen der direkten Betroffenheit. Zugleich stoßen immer wieder interessierte Bürger dazu, die sich parteilich unabhängig, weltoffen, tolerant und lösungsorientiert für ein nachhaltiges Miteinander von Mensch und Natur einsetzen wollen.¹²

Rügen ist etwas ganz Besonderes: Meeresrauschen und Ostseewellen, feinste Sand- und Naturstrände, verträumte Buchten, imposante Kreidefelsen, faszinierende Boddenlandschaften, weitläufige Wiesen und schattige Buchenwälder. Rügen begeistert immer wieder aufs Neue, bietet zu allen Jahreszeiten landschaftliche und kulturelle Vielfalt, maritime Traditionen, Ruhe und Besinnlichkeit. Rügen ist Heimat- und Lieblingsort, ist lebens- und liebenswert. Das alles gilt es zu bewahren. Deshalb gibt es die Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen.

Thomas Kunstmann (Sassnitz)¹³

Dokumentation „Rügen wehrt sich“ liegt in zahlreichen Universitätsbibliotheken, der Landesbibliothek MV sowie in den Stadtbibliotheken in Sassnitz und Stralsund aus.

¹¹ Vgl. Offener Brief zur *Windenergieanlagenplanung auf der Insel Rügen* (INSULA RUGIA, Tourismusverband Rügen, Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen und Wählergemeinschaft FÜR RÜGEN) vom 18.01.2026

¹² Vgl. Leitbild der Bürgerinitiative. Abrufbar auf der Internetseite www.buergerinitiative-ruegen.de.

Das Leitbild der Bürgerinitiative wurde u.a. vom Gründungsmitglied und Vorsitzenden des Vereins INSULA RUGIA, Prof. Dr. Hannes Knapp, erarbeitet. Bei dessen Vorstellung betonte er: „Eine Begrenzung der Bettenzahl, ein Verkehrskonzept für die ganze Insel, der Schutz der biologischen Vielfalt, die Förderung einer dezentralen Energieversorgung und eine öko-soziale Agrarwende sind mehr als überfällig.“

¹³ Mitglied des Aktionsrates der Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen und des Vereins INSULA RUGIA



Stoppt LNG! - Auf Rügen ist der Protest gegen die LNG-Störfallanlage massiv und anhaltend wie an keinem anderen deutschen LNG-Standort. Die Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen ist neben der DUH, Greenpeace u.a. großen Umweltverbänden eine der Protestgruppen, die sich gegen den Import von klimaschädlichen LNG- und US-Fracking-Gas einsetzt. Zugleich fordert sie vehement die Berücksichtigung von Bürgerinteressen.



LNG-Protest Ostern 2024: Norbert Protz von der Bürgerinitiative Lebensraum Vorpommern und Wolfgang Kannengießer von der Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen waren die ersten Redner der Kundgebung mit anschließender Menschenkette am Strand von Binz.



Rathaus Sassnitz - Stadtvertretersitzung am 29.10.2024: Bürger verlangten in der Sondersitzung endlich Lösungen gegen die anhaltenden Lärmbelästigungen. Doch die Vertreter von ReGas kündigten an, keine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage am LNG-Terminal Mukran zu installieren. Der Betrieb der FSRU NEPTUNE erfolgt deshalb weiterhin mit schiffseigenen Generatoren, die das Brummen verursachen.



Stralsunder Werftgelände - Protest am 04.12.2025: In einer konzertierten Aktion protestierten die Bürgerinitiativen Lebenswertes Rügen und Gegenwind Seenplatte für den Erhalt ihrer Heimatlandschaften und gegen Windgiganten. Die Energieminister der Bundesländer besuchten die Stralsunder Werft. Anlass und Gelegenheit Landeswirtschaftsminister Dr. Wolfgang Blank das Anliegen zu erläutern.